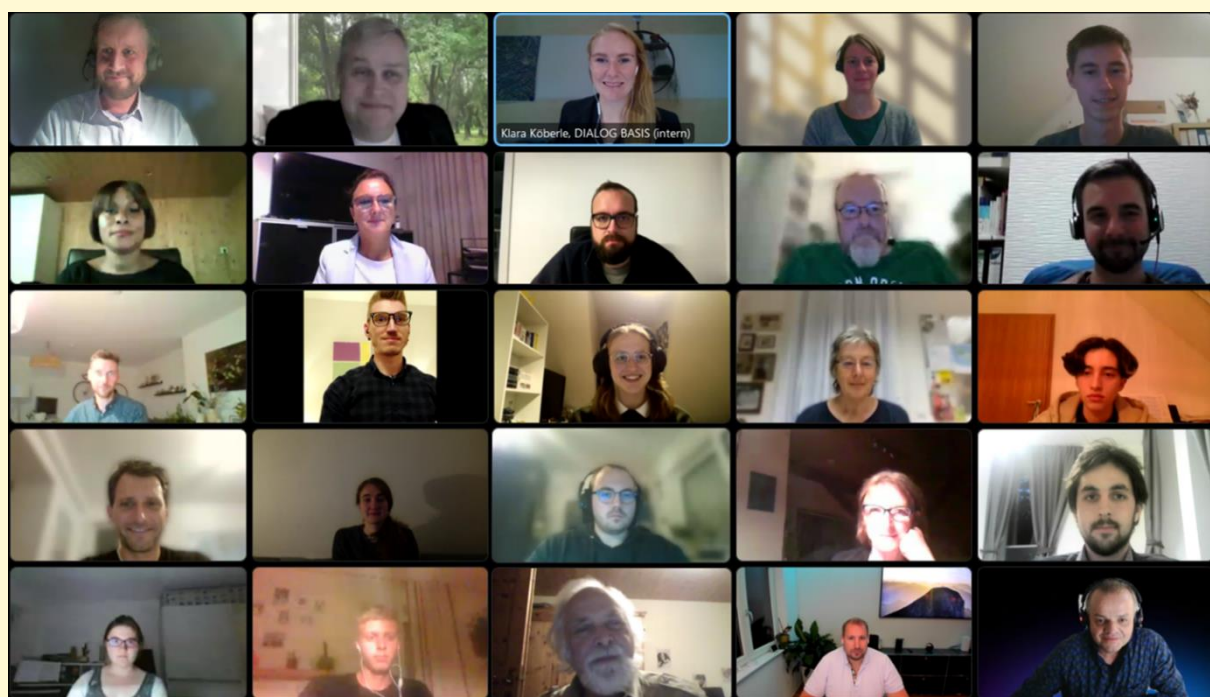


Ergebnisbericht des Bürgerforums Landwirtschaft BW

im Rahmen des Strategiedialogs Landwirtschaft



Inhalt

Zusammenfassung	3
Präambel.....	5
Herausforderung: Änderung des Kaufverhaltens bei Verbraucherinnen und Verbrauchern	7
Handlungsempfehlungen des Bürgerforums Landwirtschaft BW	9
...an die Verbraucherinnen und Verbraucher.....	9
...an die Landwirtschaft	10
...an den Lebensmitteleinzelhandel.....	11
...an die Außer-Haus-Verpflegung	12
...an die Politik.....	13
Zum Hintergrund.....	17
Ein Bürgerforum mit Zufallsauswahl	17
Ablauf des Bürgerforums Landwirtschaft BW.....	18
Expertenimpulse: Thematische Einführungen in Zukunftsfragen regionaler nachhaltiger Landwirtschaft.....	20
Online-Umfrage im Rahmen des Bürgerforums Landwirtschaft BW	27

Zusammenfassung

Um Lösungsansätze für die Stärkung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft in Baden-Württemberg insbesondere aus Sicht von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu formulieren, traf sich das Bürgerforum Landwirtschaft BW bestehend aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern in vier digitalen Sitzungen.

Die Bürgerinnen und Bürger betonen, dass der Erhalt regionaler Landwirtschaft mit der Entwicklung einer nachhaltigeren und biodiversitätsfördernden Landwirtschaft einhergehen soll. Die gesamte Wertschöpfungskette soll klima-, umwelt- und tierfreundlicher, gesundheitsfördernder, ressourceneffizienter und transparenter werden.

Derzeit sei die Förderpolitik für die Bürgerinnen und Bürger zu intransparent. Sie wünschen sich mehr eingebunden zu sein. Es sollten nicht nur die regionale und nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden, sondern auch die Umweltkosten der industriellen Landwirtschaft auf den Produktpreis umgelegt werden.

Die Erlöse sollten tatsächlich bei Landwirtinnen und Landwirten ankommen. Die Nachhaltigkeit des Angebots an Lebensmitteln soll gestärkt und nicht unter erhöhten Importen aus Ländern mit niedrigeren Standards und langen Transportwegen leiden.

Das Bürgerforum arbeitete zwei Transformationsstränge heraus:

- Einerseits sollten die Verbraucherinnen und Verbraucher „aufhören, die Verantwortung anderen zu übergeben“. Mündige Bürgerinnen und Bürger nehmen sich selbst in die Pflicht und führen Änderungen im eigenen Konsumverhalten und dadurch in der gesamten Lebensmittelwirtschaft herbei.
- Andererseits stehe der Gesetzgeber in der Verantwortung erforderliche Informationen bereitzustellen, Tierschutz zu verbessern, die Folgekosten industrieller Landwirtschaft einzupreisen und steuernd einzuwirken.

Dabei sei es erforderlich, dass zwischen den Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Politik alle Akteure der Wertschöpfungskette – Landwirtinnen und Landwirte, verarbeitende Unternehmen, Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomen und Kantinen – das gemeinsame Zielverständnis teilen und nach ihren Möglichkeiten in die gleiche Richtung arbeiten.

Das Bürgerforum formulierte die folgenden Handlungsempfehlungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Landwirtschaft, den Lebensmitteleinzelhandel, die Außer-Haus-Verpflegung und die Politik:

Handlungsempfehlung für die Verbraucher:innen

- Wertschätzung von regionalen und nachhaltigen Produkten durch die Verbraucher:innen selbst. Erfordernis einer erhöhten Zahlungsbereitschaft und Abnahmesicherheit durch die Kund:innen.
- Erkennen der Gestaltungsmöglichkeit und Einfluß auf die Produktions- und Angebotsstruktur durch das bewusste Einkaufsverhalten der Verbraucher:innen.

- Unterstützung der Direktvermarktung wie Hofläden und Wochenmärkte, um damit einen Absatz für die Landwirt:innen außerhalb des Lebensmitteleinzelhandels zu ermöglichen.

Handlungsempfehlungen an die Landwirtschaft

- Gemeinsame Konzepte von Landwirtschaft und Naturschutz für die Region entwickeln, um Fördermaßnahmen sinnvoll einzusetzen und verstärkt Biodiversitätsmaßnahmen umzusetzen.
- Bessere Vernetzung der Landwirtschaft mit den Verbraucher:innen und Bereitstellung von Informationen.
- In Vermarktungsgemeinschaften zusammenschließen und innovative Vermarktungsmöglichkeiten nutzen.

Handlungsempfehlungen für den Lebensmitteleinzelhandel

- Informationsangebote zu regionalen und nachhaltigen Produkten auf der Verpackung und am Point-of-Sale erweitern.
- Den Kauf von regionalen und nachhaltigen Lebensmitteln durch eine verkaufsfördernde Präsentation und Platzierung im Einzelhandel unterstützen.
- Lebensmittelverschwendung reduzieren und Nutzungsmöglichkeiten für nicht verkaufte Lebensmittel schaffen.

Handlungsempfehlung an die Außer-Haus-Verpflegung

- Angebot in der Außer-Haus-Verpflegung für regionale Produkte stärken und mehr Werbung für regionale Zutaten.
- Besser über die Herkunft der Produkte informieren.

Handlungsempfehlungen an die Politik

- Transparenz der versteckten Umweltkosten durch z. B. Pflanzenschutzmitteleinsatz oder Nitrateintrag ins Grundwasser herstellen.
- Einbeziehung der versteckten Umweltkosten konventioneller Produktion in den Produktpreis (Internalisierung externer Kosten).
- Anpassung der landwirtschaftlichen Förderstrukturen mit Ziel der nachhaltigen und biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung.
- Stärkung der Bekanntheit regionaler Siegel, um den Überblick zu vereinfachen.
- Klare Definition der Nachhaltigkeit und Aufnahme in die Kennzeichnung.
- Stärkung der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für regionale Erzeugnisse.
- Stärkere Einbindung des Themenfelds nachhaltige Landwirtschaft in der schulischen Bildung.

Präambel

Als Bestandteil des Strategiedialogs Landwirtschaft kamen zwischen Oktober und Dezember 2022 rund 45 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger im „Bürgerforum Landwirtschaft BW“ zusammen, um Empfehlungen zur Zukunft der Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu erarbeiten. Im Mittelpunkt des Strategiedialogs steht die Frage, wie die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft in Baden-Württemberg erhalten und gleichzeitig die biologische Vielfalt gestärkt werden kann.

Im Bürgerforum Landwirtschaft BW betonten die Bürgerinnen und Bürger, dass der Erhalt regionaler Landwirtschaft mit der Entwicklung einer nachhaltigeren und biodiversitätsfördernden Landwirtschaft einhergehen soll. Regionalität alleine reiche nicht aus: Die gesamte Wertschöpfungskette, von der Erzeugung bis zum Handel oder Außer-Haus-Verpflegung in Baden-Württemberg soll klima-, umwelt- und tierfreundlicher, gesundheitsfördernder, ressourceneffizienter und transparenter werden.

Besonders viel Wert legen die Bürgerinnen und Bürger hierbei darauf, dass die Erlöse tatsächlich bei Landwirtinnen und Landwirten ankommen. Nur so kann die Landwirtschaft in Baden-Württemberg weiterhin produzieren: Die Nachhaltigkeit des Angebots an Lebensmitteln soll gestärkt werden und nicht unter der Konkurrenz durch Importe aus Ländern mit niedrigeren Standards und langen Transportwegen leiden.

Mit Blick auf die Stärkung der Nachfrage für nachhaltige, heimische, landwirtschaftliche Produkte diskutierte das Bürgerforum die Rollen der Politik sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher selbst. Hierbei brachten die Bürgerinnen und Bürger zwei Sichtweisen zum Ausdruck:

- Die eine Perspektive hebt die Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher hervor, die „aufhören sollten, die Verantwortung anderen zu übergeben“. Mündige Bürgerinnen und Bürger sollten sich selbst in die Pflicht nehmen und Änderungen im eigenen Konsumverhalten und dadurch in der gesamten Lebensmittelwirtschaft herbeiführen.
- Aus der anderen Perspektive greift eine Fokussierung auf die Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu kurz. Der Gesetzgeber stehe in der Verantwortung erforderliche Informationen bereitzustellen, Tierschutz zu verbessern, die Folgekosten industrieller Landwirtschaft einzupreisen und steuernd einzuwirken. Eine stärkere Eigenverantwortung wird gewünscht, reiche aber nicht aus: „Von nur guten Worten ändert sich nichts, es müssen von staatlicher Seite Impulse gesetzt werden“.

Dabei ist es erforderlich, dass zwischen den Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Politik alle Akteure der Wertschöpfungskette – Landwirtinnen und Landwirte, verarbeitende Unternehmen, Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomen und Kantinen – das gemeinsame Zielverständnis teilen und nach ihren Möglichkeiten in die gleiche Richtung arbeiten.

Folglich werden in diesem Ergebnisbericht des Bürgerforums Handlungsempfehlungen an die Politik, die Landwirtschaft, den Handel und die Außer-Haus-Verpflegung gerichtet. Viele der Empfehlungen zielen darauf, das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher durch verbesserte Informationsangebote zu erhöhen. So sollen informierte Kaufentscheidungen möglichst einfach gemacht werden. Zugleich sollen sich die Verbraucher:innen über ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auf die landwirtschaftliche Produktion bewusst werden.

Die Empfehlungen und Sichtweisen der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern werden im Nachgang des Bürgerforums an Staatssekretär Florian Hassler übergeben und in den laufenden Prozess des Strategiedialogs Landwirtschaft eingespeist.

Stimmen aus dem Bürgerforum – Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger:

„Für mich war die Teilnahme am Bürgerforum Landwirtschaft eine neue, sehr interessante Erfahrung. Dabei sind die Themen des Bürgerforums sehr wichtig: Der Erhalt regionaler Landwirtschaft aus konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben sollte mit der Entwicklung einer nachhaltigeren Landwirtschaft einhergehen.“

„Aus Sicht der Demokratie ist es sehr gut, dass normale Menschen wichtige gesellschaftliche Fragen wie die Zukunft der Landwirtschaft mitdiskutieren dürfen.“

„Noch schöner hätte ich es gefunden, wenn wir uns in Person getroffen hätten. Wenn wir abends nach einer Veranstaltung uns noch zusammengesetzt hätten, hätten wir noch anders diskutieren können.“

„Ich möchte mich für die Möglichkeit bedanken, zum Bürgerforum und zur Veränderung der Landwirtschaft beizutragen.“

„Für mich waren diese online-Meetings in dieser Größe mit unbekanntem Teilnehmern eine neue gute Erfahrung! Die Sitzungen haben gezeigt, wie Digitaltechnik Demokratieprozesse verändern kann. Auf jeden Fall werde ich weiterverfolgen, was im Strategiedialog Landwirtschaft weiter geschieht und was sonst noch mit Bürgerforen bearbeitet wird.“

Herausforderung: Änderung des Kaufverhaltens bei Verbraucherinnen und Verbrauchern

Nachhaltiges Kaufverhalten und die Möglichkeiten, dieses unter Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken, wurden intensiv im Bürgerforum diskutiert. Dabei wurde insbesondere in drei Fragen auf den Konflikt zwischen der Zahlungsbereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher und dem Wunsch nach mehr Regionalität und Nachhaltigkeit eingegangen.

Es zeigte sich ein sehr breites Meinungsbild, wobei besonders die unterschiedlichen Ansätze zur Verantwortung für das Verbraucherverhalten hervorstachen. Während manche Teilnehmende für ein bewussteres Kaufverhalten plädierten, sahen viele Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit, den Wandel in Richtung nachhaltigere regionale Landwirtschaft mittels Förderpolitik zu gestalten – die letztendlich auch von Bürgerinnen und Bürgern in Form von Steuern gezahlt wird.

Nachhaltige, biodiversitätsfördernde und regionale Landwirtschaft direkt über den Produktpreis bezahlen oder indirekt über Förderpolitik mit Steuergeldern?

Die Bürgergruppe sieht die Verbraucher:innen durchaus selbst in der Pflicht, ihr Konsumverhalten zu überdenken und die Auswirkungen auf die Landwirtschaft mehr wahrzunehmen. Daraus resultiert für einzelne Bürger:innen die Verantwortung für die Unterstützung der Landwirtschaft über den Preis der Produkte. Aus ihrer Sicht kann die Verantwortung nicht an die Politik weitergegeben werden.

Weitere Teilnehmende betonten auch eine Ergänzung durch die Förderpolitik. Eine zielgerichtete Förderpolitik ist aus ihrer Sicht maßgeblich, um gezielt regionale, biologische, biodiversitätsfördernde Landwirtschaft zu unterstützen.

Einen weiteren positiven Aspekt der Förderpolitik, neben der gezielten Unterstützung der Landwirtschaft, sehen die Teilnehmenden auch für die Verbraucher:innen selbst. Dadurch, dass regionale oder Bio-Produkte durch Förderpolitik mit Steuergeldern gefördert werden, können sich diese mehr Menschen leisten. An der Unterstützung durch Steuergelder haben Personen mit hohem Einkommen einen größeren Anteil zu tragen, es haben jedoch alle den gleichen Nutzen durch die Produkte.

Derzeit ist die Förderpolitik jedoch noch an vielen Stellen zu intransparent für die Bürger:innen, sie wünschen sich mehr Transparenz und auch die Möglichkeit in diesen Bereich mehr eingebunden zu sein.

Als abschließende Ergänzung kommt von mehreren Bürger:innen der Vorschlag, dass nicht nur die regionale und nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden sollte, sondern auch die Kosten industrieller Landwirtschaft durch negative Umwelt- und gesundheitliche Auswirkungen auf den Produktpreis umgelegt werden sollten, denn diese werden derzeit von der Allgemeinheit

getragen. Ergänzend entlaste die gesunde Ernährung mit qualitativ hochwertigen, nachhaltigen Lebensmitteln auch das Gesundheitssystem und damit den öffentlichen Haushalt.

Warum ist der Anspruch an Qualität, Nachhaltigkeit und Regionalität so wenig in der tatsächlichen Zahlungsbereitschaft abgebildet?

Diese Fragestellung ist ein zentraler Baustein, um die Maßnahmen zur Förderung von Nachhaltigkeit und Regionalität richtig zu platzieren und die Verbraucher:innen tatsächlich zu erreichen.

Die Bürger:innen sahen hierfür unterschiedliche Ursachen, zum einen können sich nicht alle Verbraucher:innen regional und biologisch produzierte Lebensmittel leisten. Diese sollten aus Sicht der Gruppe jedoch ebenfalls die Möglichkeit erhalten, hochwertige Lebensmittel zu erwerben – daher braucht es aus ihrer Sicht staatliche Unterstützung. Hinzu kommt, dass viele Verbraucher:innen nicht die Zeit aufbringen können Bio- oder Hofläden zu besuchen – regional oder biologisch produzierte Waren sollten deshalb an einem Ort, wie zum Beispiel im Supermarkt verfügbar sein.

Ergänzend stellen sich einige Bürger:innen die Frage, ob der Preis den einzigen Grund für den Kauf konventioneller Lebensmittel darstellt. Um dies zu überprüfen wird folgendes Experiment vorgeschlagen: Für einen bestimmten Zeitraum könnten konventionell und biologisch produzierte Waren zum gleichen Preis angeboten werden und das Einkaufsverhalten statistisch ausgewertet werden.

Was ist zu tun, damit sich die Einstellung der Verbraucher*innen ändern könnte?

Die Teilnehmenden bringen zu Beginn der Diskussion die folgende These ein: „Wer billig kauft, kauft zweimal.“ Konkret bedeutet das aus ihrer Sicht, dass billige Lebensmittel dazu verleiten, zu viel zu kaufen. Ein schonender Umgang mit Lebensmitteln und ein gezieltes, auf den Verbrauch ausgerichteter Einkaufsverhalten sollten das Ziel sein. Dazu braucht es aus Sicht der Bürger:innen eine stärkere Aufklärung über die Herstellung, die Inhaltsstoffe und die gesundheitlichen Auswirkungen konventionell produzierter Produkte und die Gegenüberstellung mit Bio-Produkten.

Es wird als gemeinschaftliche Aufgabe der Verbraucher:innen gesehen, als gutes Vorbild für andere voraus zu gehen und gerade der jungen Generation damit die Wertschätzung näher zu bringen. Es wird jedoch ergänzt, dass Appelle an die Verbraucher:innenverantwortung bisher allein nicht ausgereicht haben. Es braucht aus Sicht der Gruppe die passenden politischen Rahmenbedingungen, um die Änderung des Verbraucherbewusstseins zu unterstützen.

Handlungsempfehlungen des Bürgerforums Landwirtschaft BW

Den Kern des Bürgerforums Landwirtschaft BW stellte die Diskussion über die Möglichkeiten dar, regionale nachhaltige Landwirtschaft in Baden-Württemberg und die Nachfrage ihrer Produkte zu stärken. Im Rahmen der vier Sitzungen des Bürgerforums erarbeiteten die Teilnehmenden konkrete Handlungsempfehlungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst, für die Landwirtschaft, den Einzelhandel, die Außer-Haus-Verpflegung und die Politik.

Über die Diskussion der einzelnen Handlungsempfehlungen hinaus merken die Teilnehmenden an, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ und die landwirtschaftlichen „Zielprodukte“ aus Sicht des Bürgerforums einheitlich definiert werden sollten: Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich regionale Produkte, die nachhaltig im Sinne der Kreislaufwirtschaft, biodiversitätsfördernd, CO₂-arm bzw. klimafreundlich, biodynamisch oder biologisch und qualitativ hochwertig sind. Auch sollte ein einheitliches Verständnis der „Regionalität“ erreicht werden – z. B. im Umkreis von 70-80 Kilometern.

...an die Verbraucherinnen und Verbraucher

1) Wertschätzung durch erhöhtes Preisbewusstsein und Zahlungsbereitschaft

Als wichtige Herausforderung in Bezug auf die Kosten, wird von den Bürger:innen die Wertschätzung für regionale und nachhaltige Produkte angesprochen. Diese Wertschätzung muss aus Sicht einiger Diskussionsteilnehmer:innen von den Verbraucher:innen selbst entwickelt werden. Dabei entsteht Wertschätzung nicht aus sich selbst, sondern durch Einblicke in die Abläufe und Herausforderungen einer biologischen, nachhaltigen und regionalen Landwirtschaft. Wie dies beispielsweise gelingen kann, wird im Rahmen der nachfolgenden Empfehlungen an die Landwirtschaft diskutiert.

Neben einer Entwicklung von Wertschätzung ist es den Teilnehmenden wichtig, dass sich die Verbraucher:innen auch ihrer Marktmacht auf die Produktions- und Angebotsstruktur bewusst werden.

Es wird kontrovers diskutiert, inwiefern die Politik für die Unterstützung der Landwirt:innen zuständig ist und in welchem Maß die Bürger:innen selbst dafür verantwortlich sind.

Von mehreren Bürger:innen wird aufgegriffen, dass auch die Verbraucher:innen in der Pflicht sind, die Landwirtschaft zu unterstützen und eine Wahrnehmung für nachhaltig erzeugte Lebensmittel zu entwickeln. Wertschätzung muss durch die Verbraucher:innen in einer erhöhten Zahlungsbereitschaft und einer Abnahmesicherheit wiedergespiegelt werden.

Vorgeschlagen werden dafür verschiedene kommunale Ansätze, bei denen sich die Landwirt:innen vor Ort mit den Verbraucher:innen abstimmen und bestimmte Mengen garantiert abgenommen werden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Verbraucher:innen Hofläden und Wochenmärkte unterstützen und damit einen Absatz für die Landwirt:innen außerhalb des Lebensmitteleinzelhandels möglich machen. Die Direktvermarktung unterstützt die Wertschätzung und fördert den persönlichen Austausch zu Ernährungs- und Erzeugungsthemen. Die Wertschätzung kommt dadurch direkt bei Erzeugern an.

...an die Landwirtschaft

1) Gemeinsame Konzepte von Landwirtschaft und Naturschutz für die Region

Die Bürger:innen äußern mehrfach das Gefühl, dass die Akteure aus dem Bereich der Umweltorganisationen und Bauernverbände nicht ausreichend zusammenarbeiten. Eine engere Zusammenarbeit der Landwirtschaftsverbände und der Naturschutzverbände ist aus Sicht der Bürger:innen wichtig, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, so dass Fördermaßnahmen des Landes sinnvoll eingesetzt werden.

Um diese Vernetzung zu stärken ist auch die Landwirtschaft in der Pflicht auf Naturschutzverbände zuzugehen und Schnittstellen auszubauen. Dadurch sollen verstärkt Biodiversitätsmaßnahmen umgesetzt und das Stoppen des Artensterbens in Einklang zwischen Naturschutz und Landwirtschaft erreicht werden.

Als konkrete Ansätze für die Stärkung der Biodiversität gemeinsam mit dem Naturschutz wurden die Anlage von Blümmischungen nach neuestem Stand der Wissenschaft in Bezug auf Standort und Regionalität sowie das Entfernen von nicht standortgerechten Blümmischungen aus Förderprogrammen, die Vernetzung von Blühflächen und -wiesen in Form von Streifen entlang der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die Nutzung von verrottbaren Materialien anstatt der Verwendung von Kunststoffen wie Folien in der Landwirtschaft vorgeschlagen.

2) Bessere Vernetzung der Landwirtschaft mit den Verbraucher:innen

Genau wie die Verbraucher:innen die Aufgabe haben, sich über die Erzeugung von Lebensmitteln, Nachhaltigkeit und Biodiversität zu informieren, so hat die Landwirtschaft die Aufgabe diese Informationen bereitzustellen. Die Bürgergruppe betont, dass gerade größere Organisationen wie zum Beispiel Erzeugergenossenschaften die Aufgabe haben, intensiver in den Dialog zu treten und Vermittlungsarbeit zu leisten.

Als konkrete Umsetzungsvorschläge werden die Umsetzung von Tagen der offenen Tür, wie auch das Anlegen eines Weltackers oder ein „Forum der Wertschöpfungskette“ vorgeschlagen. Auch Angebote von Volkshochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen zu landwirtschaftlichen Produktionsstätten in Form von Exkursionen können aus Sicht der Bürger:innen einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei sollten Landwirte mit besonderen Ansätzen im Vordergrund stehen wie z. B. Agroforst-Systeme, Solarwiesen, Permakultur oder Bodenfruchtbarkeitsfonds. Wichtig ist es aus Sicht der Bürger:innen darüber hinaus, dass die Landwirt:innen auch zu Herausforderungen und Notlagen offener kommunizieren, da die Verbraucher:innen dafür nur ein Verständnis entwickeln können, wenn das Wissen dazu vorhanden ist. Auch hier wird der direkte Austausch zwischen den Verbraucher:innen und den Landwirt:innen als wichtiges Element benannt. Innovative Kommunikationskonzepte z. B. vor dem Supermarkt sind erforderlich, um auch solche Menschen zu erreichen, die das Thema nicht von sich aus anspricht. Berichte in sozialen Medien werden ebenfalls empfohlen.

(Hinweis: Begriff „Weltacker“ wird noch in einer Fußnote erläutert)

3) Nutzung innovativer Vermarktungsmöglichkeiten

Um unabhängiger vom Lebensmitteleinzelhandel zu werden und gleichzeitig den Kontakt zu den Verbraucher:innen zu stärken ist es wichtig, ergänzende Vermarktungsmöglichkeiten zu nutzen. Dabei könnten sich aus Sicht der Bürger:innen auch mehrere Landwirt:innen zu Vermarktungsgemeinschaften zusammenschließen, um die Koordination und das Marketing gemeinsam zu stemmen und sich im Angebot zu ergänzen. Teilnehmende Landwirt:innen sollen bei dieser Aufgabe unterstützt werden – auch mit Blick auf die Vermarktungsressourcen großer überregionaler Produzenten.

Vorgeschlagen werden konkret die Nutzung von Wochenmärkten, Biomärkten auf „Nachbarschaftsebene“, Bäckereien, Metzgereien, Obst- und Gemüseläden und die Nutzung von Leerständen in den Innenstädten als Schaufenster und Pop-Up-Geschäfte.

...an den Lebensmitteleinzelhandel

1) Informationsangebote zu regionalen und nachhaltigen Produkten am Point-of-Sale erweitern

Im Bürgerforum wurden die Teilnehmenden gefragt, über welche Wege sie zur Herkunft, der Herstellung, den Inhaltsstoffen oder den Umweltauswirkungen der Produkte informiert werden möchten. Ein klares Votum: Für die Bürger:innen sind die Informationen auf der Verpackung und am Point-of-Sale am wichtigsten.

Über die Kennzeichnung regionaler Produkte hinaus regen die Bürgerinnen und Bürger an, mit verschiedenen Informationsangeboten im Einzelhandel zu arbeiten. Hierbei sollten sowohl konventionelle als auch neue Kommunikationsmittel genutzt werden: Als neue Wege kommen beispielsweise Touchscreens oder Informationsportale infrage, an denen grundsätzliche Informationen zur Herkunft, Klimabilanz und Art der Herstellung angeboten und QR-Codes auf der Verpackung mit produktindividuellen Informationen gelesen werden könnten. Zugleich könnten Rezeptideen an Obst- und Gemüsetheken auf Handzetteln angeboten werden – und hierbei der Fokus auf saisonale regionale Zutaten gelegt werden.

2) Die Nachfrage regionaler und nachhaltiger Produkte durch Platzierung im Einzelhandel stärken

Über die Preisgestaltung und Kennzeichnung der Produkte (s. o.) hinaus gilt die Platzierung im Einzelhandel als einer der Schlüssel für die stärkere Nachfrage regionaler Produkte. Im Sinne des „Anstupsens“ oder „Nudging“ sollte die Wahl eines regionalen Produktes dem Konsumenten möglichst einfach gemacht werden.

Das Bürgerforum diskutierte unterschiedliche Wege, wie dieses Ziel in den Filialen erreicht werden könnte: Manche Bürger:innen wünschen sich im Einzelhandel eine klare Trennung von Produkten nach Herkunft, andere befürworten es, importierte und regionale Produkte direkt nebeneinander anzubieten, um die Wahl leichter treffen zu können. Auf jeden Fall gilt es, regionale Produkte zentral in den jeweiligen Abteilungen zu platzieren – anstatt in einer „versteckten Regional-Ecke“. Hierbei sollte der Handel auch für ansprechende Gestaltung

sorgen, beispielsweise mit Bildern von Landwirtinnen und Landwirten aus der Region, um die Identifikation mit regionaler Landwirtschaft zusätzlich zu stärken.

Um die weiteren Entscheidungskriterien zu überprüfen bringt eine Bürgerin den Vorschlag eines Experiments an. Für einen bestimmten Zeitraum könnten herkömmlich und biologisch produzierte Waren zum gleichen Preis angeboten werden und das Einkaufsverhalten statistisch ausgewertet werden.

3) Lebensmittelverschwendung bekämpfen – Ressourcenverbrauch reduzieren

Wenn es um Nachhaltigkeit im Lebensmittelsektor geht, ist die Lebensmittelverschwendung für die Bürger:innen ein zentrales Thema. Parallel mit den Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Landwirtschaft sollte die Lebensmittelverschwendung im Einzelhandel bekämpft werden. Obwohl für die Bürger:innen der Handel hier in der Pflicht steht, können das Land und die Kommunen bei den Bemühungen unterstützen.

Entsprechend schlägt das Bürgerforum verschiedene Maßnahmen vor: Handelsketten sollten einzelne Filialisten über die Rahmenbedingungen informieren, Lebensmittel mit nahendem oder mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum zu spenden, z. B. an die Tafel. Kommunen könnten hier flankieren und mögliche Annahmestellen für Spenden besser kommunizieren. Ebenfalls wird angeregt, Bereiche für Produkte nahe am Mindesthaltbarkeitsdatum einzurichten, „Überraschungstüten“ mit unverkauften Lebensmitteln nach Beispiel von Bäckereien oder der Initiative „Too Good To Go“ flächendeckend anzubieten und letztendlich die Mülltonnen von Supermärkten konsequent nicht abzuschließen: Hierbei müssten die Frage der Haftung abschließend geprüft und die Filialisten informiert werden.

Das Land sollte die Maßnahmen des Einzelhandels unterstützen und neue und existierende Initiativen (z. B. Too Good To Go) stärker in Richtung Bürger:innen kommunizieren. Auch hier sollten Landesmittel für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

...an die Außer-Haus-Verpflegung

1) Gäste stärker über die Herkunft der Produkte informieren – für regionale Zutaten werben

Wie zuvor erläutert, empfehlen die Bürger:innen, das Angebot regionaler Produkte in der Außer-Haus-Verpflegung zu stärken. Neben den möglichen Maßnahmen des Landes (s. o.) wird hier auch die Gastronomie adressiert. Die Bürger:innen wünschen sich mehr Information zur Herkunft der Zutaten und eine stärkere Bewerbung von Speisen, die aus regionalen und nachhaltigen Zutaten zubereitet worden sind.

In Kantinen und in Restaurants ist die Speisekarte der zentrale Informationsträger, der auch hier angewendet werden sollte. Auf der ersten Seite der Speisekarte bzw. prominent in Kantinen sollten Informationen zu regionalen Lieferanten aufgelistet werden. Informationen zur Herkunft der verarbeiteten Zutaten sollten unter den Speisen ergänzt werden – ähnlich der Angaben zu Inhalts- und Zusatzstoffen. Siegel und Qualitätsmarken wie „Schmeck den Süden“

sollten hierbei stärker zum Einsatz kommen. Dadurch sollen die Gäste sensibilisiert und ihre Wahlmöglichkeiten erweitert werden.

...an die Politik

1) Einbeziehung der versteckten Kosten nicht-nachhaltiger Landwirtschaft

Die Bürgergruppe verweist darauf, dass versteckte Kosten der Produktion konventioneller Lebensmittel, wie zum Beispiel Umweltbelastungen durch Pflanzenschutzmittel oder Nitrateintrag in Grundwasser transparent gemacht werden müssen. Nach dem Verursacherprinzip sollten diese Kosten der Produktion zugeschrieben werden. Dadurch werden nicht nachhaltig produzierte Lebensmittel teurer und regional bzw. nachhaltig produzierte Lebensmittel erfahren einen Preisvorteil.

Die Teilnehmenden diskutierten unterschiedliche Wege um diese Internalisierung der Kosten zu erreichen. Ein großer Aufgabenbereich liegt bei der Politik. Von einigen Bürger:innen wird vorgeschlagen ein Umlagesystem einzuführen, in das alle landwirtschaftlichen Betriebe einzahlen müssen. Auszahlungen würden in diesem Fall regional und nachhaltig produzierende Betriebe erhalten. Als bereits vorliegende Empfehlung wird der Finanzierungsvorschlag der Borchert-Kommission im Bereich des Tierwohls genannt. Die Umsetzung dieser Empfehlung ist derzeit jedoch nicht vorgesehen.

Für die Umsetzung des Umlageverfahrens wird vorgeschlagen, das bereits bestehende System FIONA (Flächeninformation und Online-Antrag) zu nutzen, da diese Online-Plattform bereits heute von den Landwirt:innen für die Einreichung des Gemeinsamen Antrags für Fördermittel genutzt wird und dort bereits die wichtigsten Betriebsdaten hinterlegt sind.

Ein weiterer Ansatz der Gruppe ist die Einführung einer Strafsteuer, ähnlich der CO₂-Steuer. Diese wird konkret für Pflanzenschutzmittel oder Stickstoff und weitere Düngemittel vorgeschlagen. Auch hier formulieren die Bürger:innen das Ziel, nicht nachhaltig produzierte Produkte teurer zu machen.

Als dritter Ansatz wurde die Senkung der Mehrwertsteuer für nachhaltig produzierte Produkte angedacht. Auch hier ist das Ziel, die Preisdifferenz zwischen nachhaltig produzierten und konventionellen Lebensmitteln zu senken.

2) Anpassung der landwirtschaftlichen Förderstrukturen

Wenn es um die Unterstützung der Landwirt:innen geht, ist das Thema Förderstrukturen zentral für die Bürgergruppe. Es soll geprüft werden, an welcher Stelle Förderstrukturen mit der Nachhaltigkeit und Biodiversität im Konflikt stehen und an welcher Stelle bisherige Direktzahlungen umgenutzt werden können. Besondere Unterstützung von kleineren Betrieben bei der Umstellung auf biologische Landwirtschaft ist den Bürger:innen wichtig.

Es wird konkret die Verlagerung von Zahlungen aus der gemeinsamen Agrarpolitik der EU von der 1. in die 2. Säule vorgeschlagen, um sie direkter für die Förderung der Nachhaltigkeit einzusetzen. Ergänzend wird vorgeschlagen, die Förderung von Energiepflanzen aufzuheben und dadurch die Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu reduzieren. Die Förderung im Bereich der Biodiversitätserhaltung sollte

hingegen ausgebaut werden, um die Landwirtschaft monetär stärker bei der Umsetzung zu unterstützen und dadurch einen weiteren Anreiz zu schaffen.

Konkrete Vorschläge für Förderungen sind die Stärkung der strukturellen Vielfalt und die stufenweise Unterstützung bei nötigen Investitionen, für die Umstellung auf eine nachhaltige und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung.

3) Die Bekanntheit regionaler Siegel stärken – die Vielfalt der Kennzeichnungen vereinfachen

Die Bürger:innen weisen darauf hin, dass die Vielfalt verschiedener Siegel und Kennzeichnungen auf Produkten verwirrend sein kann. Auch sind die Kennzeichnungen zum Nährwert, zur Art der Produktion (z.B. Bio), zur Haltungsform bei Tieren oder zum fairen Handel deutlich bekannter als jene zur Regionalität. Da individuelle Kaufentscheidungen schnell sind, bedarf es einfacherer Informationen auf der Verpackung.

Die Bürgergruppe regt an, dass die Politik und die Handelsverbände gemeinsam eine Vereinfachung der Kennzeichnungen anstreben. Hierzu werden einerseits Vorgaben zur einheitlichen Platzierung der Siegel gewünscht – beispielsweise auf einer Linie, sodass beim Einkaufen deutlich wird, welche Kriterien ein Produkt erfüllt. Andererseits sollte die Bekanntheit ausgewählter, staatlich eingeführter regionaler Siegel und Standards gestärkt werden und die Vielzahl der Kennzeichnungen ggf. reduziert werden. Die Siegel sollen dabei transparent und nachvollziehbar sein, um Greenwashing zu vermeiden.

In Baden-Württemberg bietet es sich an, in diesem Sinne die Qualitätszeichen BW (QZBW) und Bio BW mit einer breiten Kommunikationskampagne zu stärken. Um nicht nur die Bürger:innen zu erreichen, die ohnehin auf Regionalität und Nachhaltigkeit bei ihren Kaufentscheidungen achten, sollten Supermärkte und Discounter im Mittelpunkt der Kampagne stehen. Auch Möglichkeiten der Außen- und Social-Media-Werbung sollten genutzt werden, um die Bekanntheit des Qualitätszeichens BW zu verbessern.

4) Nachhaltigkeitskriterien in die Kennzeichnung integrieren

Für die Bürger:innen ist es wichtig, dass regionale Produkte auch natur-, umwelt- und klimafreundlich erzeugt werden – regional bedeutet nicht automatisch nachhaltig. Insbesondere wünschen sie sich mehr Informationen zu den Umweltauswirkungen in der Erzeugung und während der Verarbeitung.

Die Bürgerinnen und Bürger plädieren dafür, dass für klar definierte Nachhaltigkeitskriterien eine entsprechende Kennzeichnung entwickelt wird. Neben der Art und Weise der Erzeugung sollte idealerweise auch die Länge der Transportwege ggf. nach Zutaten (bei verarbeiteten Produkten) beachtet werden. Als eine konkrete Möglichkeit diskutierte das Bürgerforum die Einführung eines erweiterten „Eco-Score“ nach dem Beispiel des Nutri-Score. Das Ziel ist die Betrachtung des gesamten CO₂-Fußabdrucks eines Produktes sowie eine verbesserte Rückverfolgbarkeit für die Konsumenten.

Zugleich betonen die Bürger:innen, dass die Abläufe bei der Zertifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben, für die Nutzung eines Bio- oder regionalen Siegels, für Landwirtinnen und Landwirte möglichst einfach gehalten werden müssen. Der Aufwand muss sich für mehr landwirtschaftliche Betriebe rechnen.

5) Transparenz und Sichtbarkeit der regionalen Produkte auch im Außer-Haus-Essen erhöhen

Neben der Kennzeichnung im Lebensmitteleinzelhandel soll die Transparenz auch im Außer-Haus-Essen verbessert werden. Die Außer-Haus-Angebote stellen aus Sicht der Bürger:innen einen großen Hebel nicht nur mit Blick auf den Verbrauch von Lebensmitteln dar, sondern auch hinsichtlich der Aufklärung von Verbraucher:innen. Für sie bestehen in Restaurants, Kantinen und Mensen aktuell noch größere Informationsdefizite, was die Herkunft der Produkte angeht.

Bei der Verbesserung der Transparenz ist in erster Linie die Gastronomie gefordert (s. u.). Gleichzeitig kann das Land die Unternehmen, die regionale Erzeugnisse stärker einsetzen, mit Kommunikationsmaßnahmen unterstützen. Einen geeigneten Rahmen hierfür bietet die bestehende Qualitätsmarke „Schmeck den Süden“, die allerdings vielen Bürger:innen noch nicht bekannt ist.

Die Bürger:innen regen an, durch mehrgleisige Öffentlichkeitsarbeit und Werbung die Bekanntheit der Qualitätsmarke zu stärken. Es sollten mehr Landesmittel für die Werbung und Außendarstellung genutzt und auch die Lokalpresse als wichtiger Multiplikator eingebunden werden.

6) Aufnahme von regionalen Produkten im Außer-Haus-Essen stärken

Über die Verbraucher:innen hinaus sollte die Politik für eine stärkere Aufnahme von regionalen und biodiversitätsfördernden Produkten im Außer-Haus-Essen sorgen. Neben der Kita- und Schulverpflegung sollten Großküchen und Kantinen von großen Unternehmen in den Fokus genommen werden.

Zum einen regen die Bürger:innen an, den Dialog mit den Kantinenbetreibern zu stärken. Beratungsangebote und Schulungen von Mitarbeitenden im Einkauf könnten angeboten werden, um Bewusstsein auch im Sinne der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung zu stärken. Um Preissteigerungen zu vermeiden und einen breiteren Einsatz von regionalen und biodiversitätsfördernden Produkten zu ermöglichen, sollten die Möglichkeiten für Subventionierung durch das Land geprüft werden. Zudem könnte das Land mit Kommunikationsmaßnahmen wie regelmäßigen Aktionstagen das Bewusstsein der Verbraucher:innen und die Nachfrage regionaler Produkte im Außer-Haus-Essen stärken.

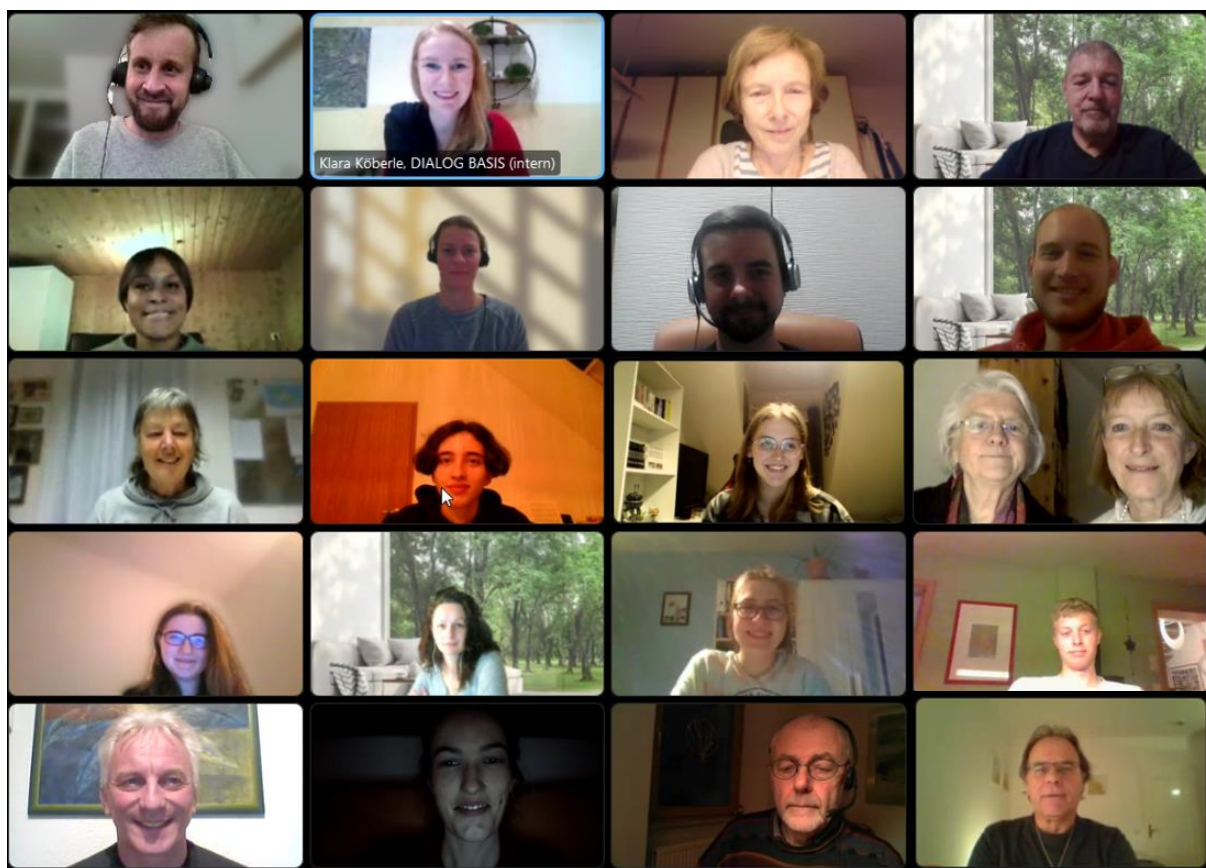
Für öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Mensen, Altersheime und Behörden sollten über die Beratung hinaus Richtlinien für öffentliche Beschaffung geprüft, dringend angepasst und die Regionalität ggf. als Kriterium gestärkt werden.

7) Stärkere Einbindung des Themas nachhaltige Landwirtschaft in der schulischen Bildung

Neben einer Stärkung der allgemeinen Bildung im Bereich Nachhaltigkeit betonen die Bürger:innen, dass gerade die Kinder und Jugendlichen für das Thema sensibilisiert werden sollten.

Aus der persönlichen Erfahrung berichten Bürger:innen, dass die Nähe der Jugendlichen zur Landwirtschaft früher stärker war und dadurch auch mehr Wertschätzung vorhanden war. Dies sollte auch heute wieder gemeinsam mit den Schulen erarbeitet werden.

Mögliche Ansätze der Bürgergruppe hierzu sind Workshops an Schulen und Exkursionen, die Produktion von Unterrichtsfilmchen mit breitem Blickwinkel, die Einbindung regionaler Influencer beziehungsweise neuer Medien als Informationskanal und die zusätzliche Aktivierung von Eltern, Ehrenamtlichen und Vereinen (z.B. NABU, BUND, uvm.) zur Vermittlung dieser Themen.



Zum Hintergrund

Ein Bürgerforum mit Zufallsauswahl

Die Zukunft der Landwirtschaft in Baden-Württemberg, sei es durch Angebote im Einzelhandel und im Außer-Haus-Essen oder resiliente Versorgungsstrukturen in Krisensituationen, betrifft alle Menschen im Land. Zugleich sind die Fragestellungen rund um die Produktion, Weiterverarbeitung und den Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sehr vielfältig.

Deshalb wurde für das Bürgerforum Landwirtschaft BW die Vielfalt der Landesbevölkerung einbezogen – und nicht nur diejenigen Menschen, die das Thema aktiv verfolgen und sich ohnehin in gesellschaftliche Diskussionen einbringen. Ein geeigneter Ansatz für die Zusammensetzung eines solchen Bürgerforums ist die Zufallsauswahl der Teilnehmenden aus der Gesamtheit der Bürger:innen des Landes.

In Baden-Württemberg ist die Zufallsauswahl in der Bürgerbeteiligung seit Februar 2021 durch das Gesetz zur dialogische Bürgerbeteiligung rechtlich verankert. Bürgerforen oder Bürgerräte mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger sind im Land auch bereits für viele politische Fragestellungen erfolgreich eingesetzt worden. Nach den Beispielen aus Baden-Württemberg finden sie Gebrauch auch auf kommunaler Ebene, in anderen Bundesländern, auf Bundes- und europäischer Ebene.

Nach diesem Prinzip hat das Staatsministerium Baden-Württemberg im Juli 2022 im Namen von Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus insgesamt 32 Kommunen¹ unterschiedlicher Größe, aus städtischem und ländlichem Umfeld, zum Bürgerforum eingeladen. Anschließend konnten die angeschriebenen Bürgerinnen und Bürger sich bis zum 31. August 2022 für das Bürgerforum registrieren.

Um eine ausgewogene Teilnehmergruppe zu erreichen, wurden die angemeldeten Personen nach der Frist in Cluster hinsichtlich ihres Wohnortes (Regierungsbezirk), Altersgruppe, Geschlecht, Bildungsstand und Migrationshintergrund eingeteilt. Dabei wurden die Cluster mit der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs verglichen, um Sollwerte für die verschiedenen Gruppen zu ermitteln. Anschließend wurde innerhalb der Cluster gelost und eine repräsentative Gruppe von rund 50 Bürgerinnen und Bürger für das Bürgerforum zusammengesetzt. Nur mit Blick auf den Bildungsstand waren Bürgerinnen und Bürger mit höheren Schulabschlüssen überrepräsentiert.

Die Ergebnisse des Bürgerforums haben einen beratenden Charakter. Im Nachgang des Bürgerforums wurden sie an Staatssekretär Florian Hassler übergeben und fließen in den Strategiedialog Landwirtschaft ein.

¹ Empfingen, Buchen (Odenwald), Bretten, Baden-Baden und Karlsruhe im Regierungsbezirk Karlsruhe; Durlangen, Clebronn, Zweiflingen, Weissach, Güglingen, Lauffen am Neckar, Ostfildern, Fellbach und Heilbronn im Regierungsbezirk Stuttgart; Simonswald, Riegel am Kaiserstuhl, Steinach, Reichenau, Herbolzheim, Rottweil, Lahr/Schwarzwald und Konstanz im Regierungsbezirk Freiburg sowie Dettingen an der Iller, Dürnau, Scheer, Zimmern unter der Burg, Owingen, Walddorfhäslach, Sonnenbühl, Ehingen (Donau), Ravensburg und Reutlingen im Regierungsbezirk Tübingen.

Ablauf des Bürgerforums Landwirtschaft BW

Mit Blick auf die vielfältigen Fragestellungen der Landwirtschaft der Zukunft wurde das Bürgerforum als ein mehrstufiger Dialogprozess durchgeführt. In vier digitalen Sitzungen konnten die Teilnehmenden sich mit Zukunftsfragen der Landwirtschaft mit ausreichend Zeit auseinandersetzen, mit Fachexperten diskutieren und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher formulieren.

Im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg übernahm DIALOG BASIS, eine unabhängige Agentur für Bürger- und Stakeholder-Beteiligung aus Baden-Württemberg, die Organisation, Konzeption, Moderation und Dokumentation des Bürgerforums.



Abbildung 1: Ablauf des Bürgerforums Landwirtschaft BW

Die Arbeit im Bürgerforum wurde außerdem mit offener Bürgerbeteiligung auf dem Beteiligungsportal des Landes vorbereitet. Alle interessierten Personen konnten im Herbst 2022 ihre wichtigsten Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft in Baden-Württemberg einreichen. In ca. zwei Monaten wurden über 40 Kommentare und über 800 Bewertungen gesammelt. Die Anregungen wurden für das Bürgerforum in einer Themenlandkarte zusammengefasst und den Teilnehmenden in der Auftaktsitzung präsentiert.

Mit Blick auf die Themenlandkarte wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Auftaktsitzung am 05. Oktober 2022 nach ihren wichtigsten Themen, Chancen und Herausforderungen gefragt. Die Themen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger werden dabei simultan in einer Begriffswolke festgehalten.

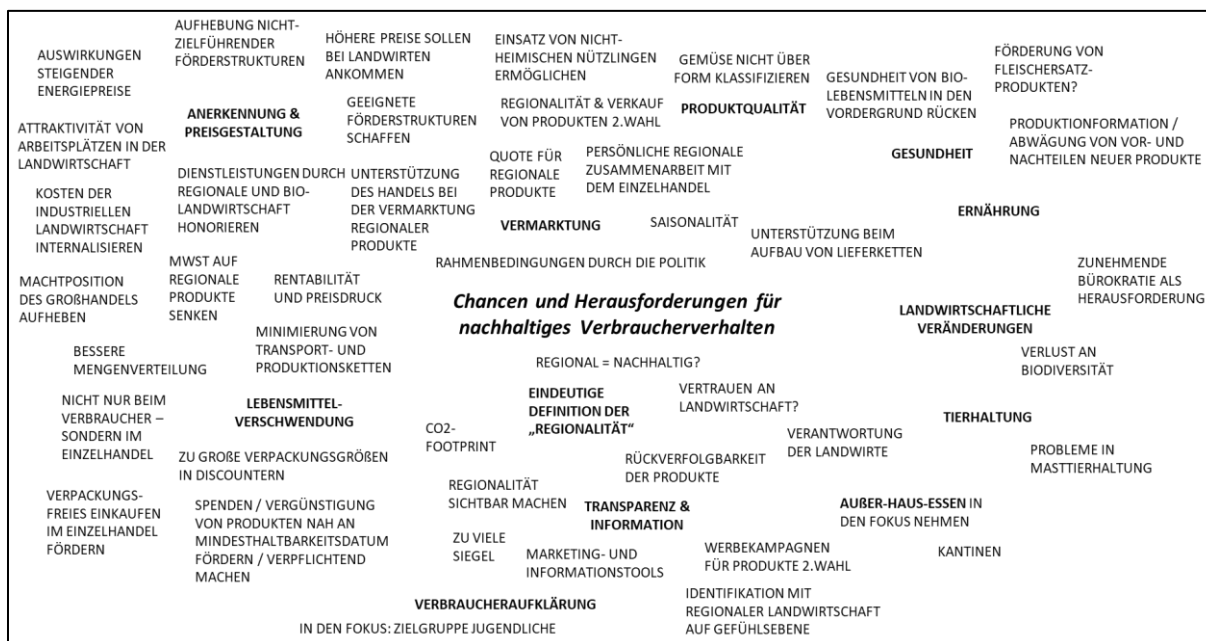


Abbildung 2: Chancen und Herausforderungen für nachhaltiges Verbraucherverhalten – Themen der Bürgerinnen und Bürger

Mit Blick auf die Vielzahl der Themen priorisieren die Teilnehmenden anschließend in einer Schnellumfrage die Themenfelder für die weiteren Sitzungen des Bürgerforums. In der Umfrage wurden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, bis zu zwei Themenfelder anzukreuzen, an denen sie in Unterarbeitsgruppen weiterarbeiten möchten. Das Ergebnis wurde im Nachgang mit der interministeriellen Arbeitsgruppe des Strategiedialogs Landwirtschaft rückgekoppelt.

Als Ergebnis wurde in den nachfolgenden zwei Sitzungen am 25. Oktober 2022 und am 10. November 2022 in vier Kleingruppen gearbeitet:

1. Preisgestaltung und Förderstrukturen
2. Vermarktung und Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern
3. Lebensmitteleinzelhandel
4. Anerkennung der regionalen nachhaltigen Landwirtschaft

In den zwei Sitzungen konnten die Teilnehmenden frei entscheiden, zu welchen Themen sie beitragen mochten. In den Kleingruppen konnten sie mit Unterstützung von Gastexperten Schwerpunktthemen vertiefen und ihre Ideen und Maßnahmenvorschläge skizzieren. Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger wurden von den Moderatorinnen und Moderatoren von DIALOG BASIS im Simultanprotokoll live aufgenommen. Zwischen den beiden Sitzungen wurde außerdem eine Online-Umfrage durchgeführt, um ein Stimmungsbild aus der Gruppe zu den verschiedenen Themen zu erhalten.

In der abschließenden Sitzung am 30. November 2022 wurden die zentralen Aussagen und Ergebnisse des Bürgerforums – die Präambel, die Schlussfolgerungen zum Kaufverhalten und die Handlungsempfehlungen dieses Ergebnisberichts – mit allen Teilnehmenden konsolidiert.

Expertenimpulse: Thematische Einführungen in Zukunftsfragen regionaler nachhaltiger Landwirtschaft

Während des Bürgerforums Landwirtschaft BW wurden die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Arbeit von Gastexperten unterstützt. Über einführende Beiträge zum Strategiedialog Landwirtschaft hinaus wurden Experten aus Forschung und Praxis eingeladen, um die Teilnehmende in die Schwerpunktthemen des Bürgerdialogs Preisgestaltung & Förderstrukturen, Vermarktung & Verbraucheraufklärung und Anerkennung der regionalen nachhaltigen Landwirtschaft inhaltlich einzuführen. Nach den Impulsvorträgen standen sie den Bürgerinnen und Bürgern in Kleingruppen als Ansprechpartner für Rückfragen und für Diskussion erster Lösungsansätze zur Verfügung. Zusätzlich wurde die Gruppe auf Anregung der Teilnehmenden über die parallellaufende Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie Baden-Württemberg und die Schnittmengen zur Arbeit des Bürgerforums informiert.

Stephan Ertner, Abteilungsleiter im Staatsministerium Baden-Württemberg: Begrüßung und Eröffnung des Bürgerforums Landwirtschaft BW

Beim Strategiedialog Landwirtschaft handelt es sich um ein Arbeitsformat. Im Rahmen des Strategiedialogs sollen nicht nur alle Akteure aus dem Bereich der Landwirtschaft, des Naturschutzes, des Einzelhandels und der Zivilgesellschaft an einen Tisch gebracht, sondern konkrete Lösungen für regionale, kleinbäuerliche Landwirtschaft erarbeitet werden: Was braucht die Natur und was brauchen die Bäuerinnen und Bauern, um ihre Felder im Sinne der Biodiversität und des Erhalts der Kulturlandschaft bewirtschaften zu können? Wie kann die Nachfrage nach regionalen Produkten gestärkt werden?

Im Bürgerforum Landwirtschaft stehen die Perspektiven der Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt: Was ist Ihnen als Kundinnen und Kunden wichtig? Durch das Format mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern möchte das Staatsministerium ermöglichen, dass verschiedene Sichtweisen und Erfahrungen im Strategiedialog gehört werden. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Bürgerforums werden dann im weiteren Arbeitsprozess diskutiert und sofern möglich umgesetzt.

Dabei hat die Krise in Europa uns vor Augen geführt, dass Lebensmittelsicherheit nicht selbstverständlich ist. Der Erhalt der regionalen Landwirtschaft ist kein Luxusproblem, sondern trägt zur Stabilität unserer Gesellschaft bei. Nachdem sich viele von uns kaum Gedanken darüber gemacht haben, woher unsere Lebensmittel kommen, hat diese Frage für uns alle nun besondere Bedeutung. Hierbei hat das Bürgerforum die Aufgabe, auch schwierige Themen zu diskutieren und ehrlich Herausforderungen zu betrachten – beispielsweise die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach regionalen, biodiversitätsfördernden Produkten und den Kaufentscheidungen der Kundinnen und Kunden im Alltag.

Nach dem Bürgerforum und dem zweijährigen Strategiedialog können gemeinsam mit allen Beteiligten wichtige Akzente zur Zukunft der Landwirtschaft in Baden-Württemberg gesetzt werden.

Martin Hahn MdL, Sonderberater des Ministerpräsidenten im Strategiedialog Landwirtschaft: Grußwort

Die Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft der Landwirtschaft in Baden-Württemberg ergänzen auf wertvolle Weise das Bild, das auch durch die Verbändebeteiligung im Strategiedialog entsteht.

Aktuell sind sowohl im konventionellen als auch im Bio-Landbau vielfältige Herausforderungen zu spüren. Die Familienbetriebe haben nicht nur mit stark steigenden Energiepreisen zu kämpfen. Auch die gestiegenen Anforderungen in der Tierhaltung, die dadurch notwendigen Investitionen und die Preiskonkurrenz auf dem Markt haben dazu geführt, dass der Lebensunterhalt vieler Bäuerinnen und Bauern knapper wird. Zugleich sei der Änderungsdruck seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher für viele Landwirtinnen und Landwirte schwer zu verkraften.

Angesichts der vielen Erwartungen an die Landwirtschaft sei der Strategiedialog besonders wichtig. Im Dialog soll geklärt werden, was sich die verschiedenen Akteure von Landwirtschaft, Naturschutz, Ernährungswirtschaft, Handel und Politik voneinander wünschen und wie die möglichen Anpassungen finanziert werden können. Hierbei spielen die Impulse und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle.

Über den Dialog hinaus tragen alle Beteiligte zur Zukunft der Landwirtschaft auch mit ihrem eigenen Verhalten bei: „Mit Essen gestalten wir unsere Heimat“.

Guido Petzold und Daniel Schmelzer, Staatsministerium Baden-Württemberg: Struktur des Strategiedialogs Landwirtschaft, Ergebnisse der Online-Beteiligung

Der Strategiedialog Landwirtschaft wird vom Staatsministerium mit Beteiligung des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes durchgeführt. Die Koordination des Gesamtvorhabens liegt beim Staatsministerium. Für die inhaltliche Ausgestaltung und Steuerung ist eine interministerielle Arbeitsgruppe aus den oben genannten Ressorts zuständig. Die gemeinsame Arbeit mit Akteurinnen und Akteuren aus Landwirtschaft, Naturschutz, Handel, Politik und Gesellschaft erfolgt in fünf thematischen Arbeitsgruppen:

1. Weiterentwicklung regionaler, nachhaltiger und resilienter Wertschöpfungsketten
2. Biodiversitätsfördernde Produktion vom Acker bis zur Verpackung sichtbar machen
3. Ein Netzwerk für die bäuerliche Landwirtschaft: Naturschutz als Geschäftsmodell
4. Herausforderung Klimawandel und Biodiversität: Landwirtschaft in BW im Kontext der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen
5. Reallabore / Modellprojekte – fürs Ausprobieren erster Ideen z. B. im Handel oder in Kantinen, mit wissenschaftlicher Begleitung

Die Ergebnisse und Empfehlungen des Bürgerforums werden der interministeriellen Arbeitsgruppe sowie den thematischen Arbeitsgruppen vorgelegt und dort im Rahmen der weiteren Arbeit diskutiert und geprüft.

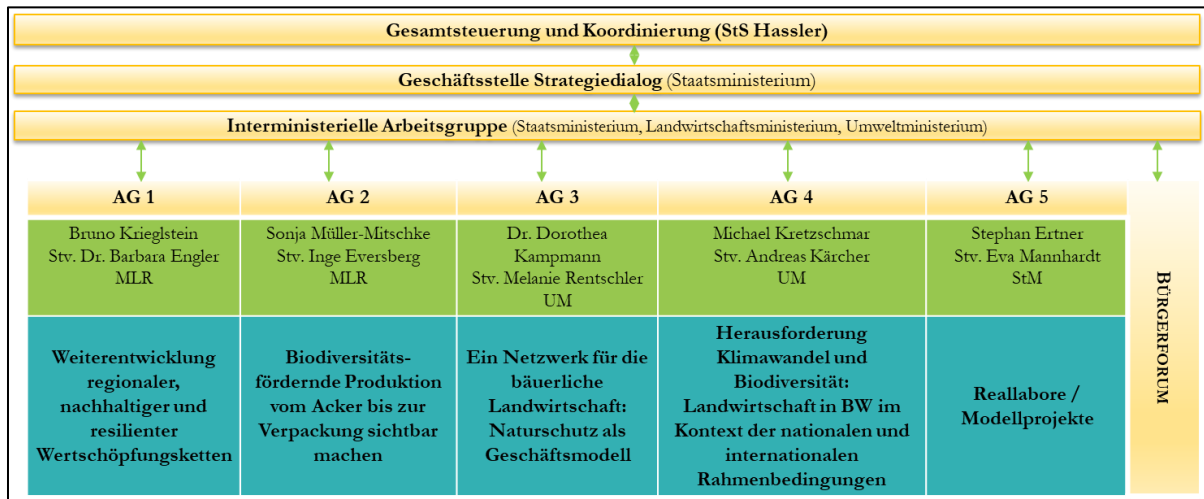


Abbildung 3: Struktur des Strategiedialogs Landwirtschaft

Im Vorfeld des Dialogs haben das Staats-, Landwirtschafts- und Umweltministerium gemeinsam eine Themenlandkarte für den Strategiedialog ausgearbeitet. Im Juli 2022 wurde diese auf dem Beteiligungsportal des Landes zur Diskussion gestellt: In ca. zwei Monaten wurden über 40 Kommentare und über 800 Bewertungen interessierter Bürgerinnen und Bürger gesammelt, die bei der Überarbeitung der Themenlandkarte berücksichtigt wurden.

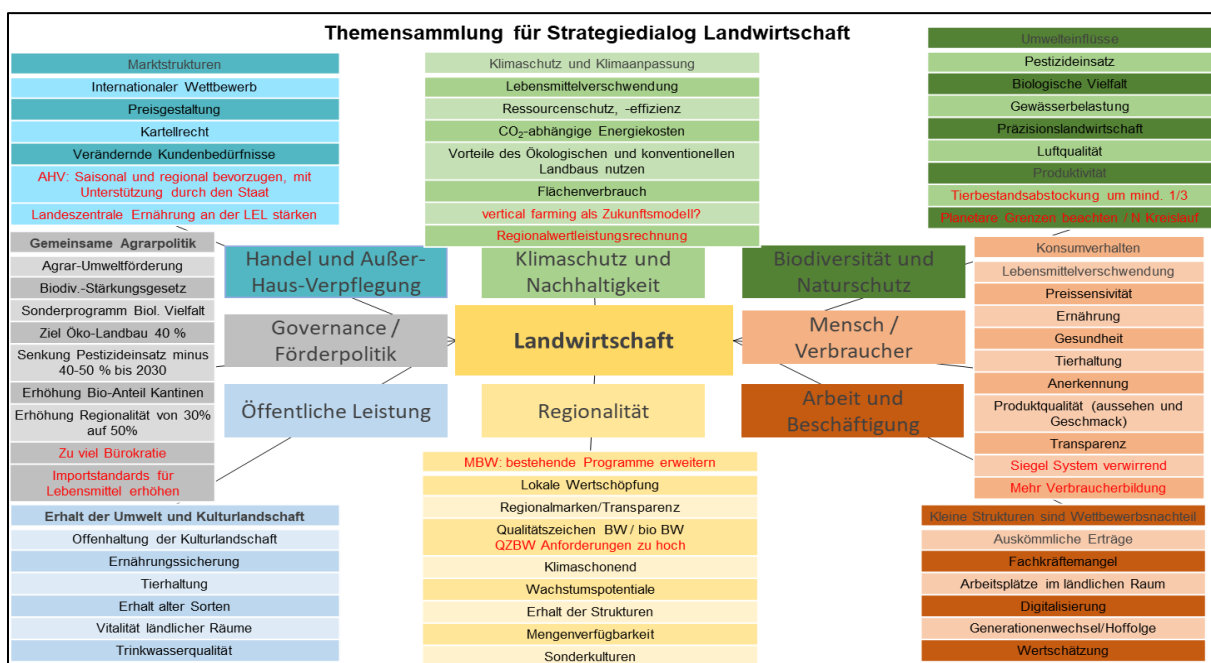


Abbildung 4: Themensammlung für Strategiedialog Landwirtschaft (mit Hinweisen aus der Online-Beteiligung in Rot) (Stand: 28.09.2022)

Prof. Dr. Sebastian Lakner, Agrar- und umweltwissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock: Preisgestaltung und Förderstrukturen

Im Bereich der Landwirtschaft wurde bereits in frühen Phasen der europäischen Zusammenarbeit eine gemeinsame Förderpolitik – die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – geschaffen, die im Zuge der europäischen Integration mit verschiedenen Reformen weiterentwickelt wurde. Hierbei wurde der europäische Markt seit 1992 schrittweise geöffnet, sodass Landwirtinnen und Landwirte in Europa zunehmend von internationaler Konkurrenz und Schwankungen der Märkte betroffen sind.

Die GAP gliedert sich in zwei Säulen. Die erste Säule umfasst Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe und Marktmaßnahmen, die weitestgehend von Brüssel aus koordiniert werden. Die zweite Säule beinhaltet die Förderung ländlicher Entwicklung, die in Deutschland von den Bundesländern gestaltet wird. Im Rahmen der zweiten Säule sind im Sinne eines „Werkzeugkoffers“ viele unterschiedliche Fördermaßnahmen möglich, beispielsweise die Förderung von genossenschaftlichen Projekten.

Der Schwerpunkt der GAP liegt deutlich auf den Direktzahlungen bzw. Einkommenszielen: Von den rund sechs Milliarden Euro, die Deutschland jährlich im Rahmen der GAP erhält, fließen über vier Milliarden in die Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. In Summe stellen diese agrarpolitischen Zahlungen im Durchschnitt über 40 Prozent der Einnahmen der Betriebe dar. Dabei unterscheidet sich die Bedeutung der Zahlungen zwischen den landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen (Ackerbau-, Milchvieh- oder Veredelungsbetriebe). Auch die Einstellungen von Betriebsleiterinnen und -leitern zu den Direktzahlungen unterscheidet sich: Manche Landwirtinnen und Landwirte sagen, dass sie ohne die Direktzahlungen nicht auskommen würden, andere würden sich lieber am Markt orientieren.

Während die Bedeutung der Agrarumweltpolitik zunimmt, werden von den GAP-Fördergeldern auf EU-Ebene aktuell weniger als 20 Prozent Klima- und Umweltzielen zugeordnet. In manchen EU-Ländern sind auch umweltschädliche Subventionen vorhanden, sodass sich die Förderpolitik z.T. auch negativ auf die Umwelt auswirkt.

Wie entstehen dann letztendlich Preise von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Markt? Im Grunde genommen signalisiert der Preis die Knappheit am Markt und wird vom Angebot und Nachfrage bestimmt. Landwirtinnen und Landwirte können hierbei als „Mengenanpasser“ gesehen werden: Sie passen ihre eigene Produktionsmenge an die Preise an. Die Marktmacht von großen Lebensmitteleinzelhandelskonzernen führt allerdings zum Preisdruck und zu niedrigeren Preisen seitens der Erzeuger. Wenn Produkteigenschaften von landwirtschaftlichen Produkten (z.B. die Umweltfreundlichkeit von Produkten) bei Verbraucher*innen nicht ausreichend bekannt sind, führt dies dazu, dass qualitativ hochwertigere Produkte sich nicht ausreichend am Markt durchsetzen können. Zu beachten ist auch, dass die Landwirtschaft natürlichen und Markt-Risiken unterliegt, die zu Preisschwankungen führen können – zuletzt während Russlands Krieg in die Ukraine an den Getreidepreisen zu sehen.

**Prof. Dr. Sebastian Hess, Fachgebiet Agrarmärkte, Universität Hohenheim:
Vermarktung und Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern**

Auf dem Markt existiert eine Vielzahl von Siegeln und Kennzeichnungen, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch überwiegend bekannt sind: Laut dem aktuellen Ernährungsreport der Bundesregierung achten fast zwei Drittel der Bevölkerung beim Einkauf beispielsweise auf das Regionalfenster oder das Biosiegel. „Darauf achten“ bedeutet aber noch lange nicht, dass entsprechende Produkte auch konsequent gekauft werden.

Mit dem Regionalfenster können Produkte vielfältig „regional“ gekennzeichnet werden. Es kann sich um politisch-administrative Gebiete (z. B. Baden-Württemberg), Kilometerradien (z. B. „30 Kilometer im Umkreis eines Standortes“) oder um Naturräume und sonstige Regionen (z. B. „Allgäu“) handeln. Während Verbraucherinnen und Verbraucher grundsätzlich Transparenz wünschen, sind die Siegel nicht immer so leicht verständlich, wie man es ggf. erwarten würde.

Dabei ist der Grundgedanke von Siegeln eindeutig: Sie sind notwendig, um bestimmte Mehrkosten den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu vermitteln. Wenn es beispielsweise keinen verlässlichen Standard für Bio-Eier gäbe, könnten die Produzenten ihre Eier frei kennzeichnen und echte Bio-Eier wären beim Kauf nicht von „normalen“ Eiern zu unterscheiden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher würden verunsichert und wären nicht bereit, den Bio-Preis zu zahlen. Als Folge würde der Markt für Bio-Eier zusammenbrechen, da sich deren Produktion nicht mehr lohnen würde.

Wenn Standards in einem internationalen Markt einseitig erhöht werden, besteht allerdings Gefahr, dass die Produktion ins Ausland verlagert wird. Dieser Fall trat in Schweden beim EU-Eintritt des Landes in den 1990er Jahren auf: Schweden hatte bereits höhere Tierschutzaufgaben als die EU, aber war nicht bereit, die eigenen Standards zu senken. Als Folge stiegen die Importe von Schweinefleisch aus anderen EU-Ländern, während die einheimische Produktion sank. Erst nach einer intensiven öffentlichen Diskussion und deutlicher Kennzeichnung einheimischer schwedischer Produkte konnte die schwedische Produktion stabilisiert werden.

Zuletzt ist festzuhalten, dass der Preis vom ethischen Wert eines Produktes unabhängig ist: Die Märkte und Preise spiegeln das Verhältnis von Kosten des Angebots zur Kaufkraft der Nachfrage. Veränderungen im Verbraucherverhalten können nur mit verlässlicher Information, Verständnis, Wertschätzung und Kaufkraft der Konsumenten erzielt werden.

Norbert Höll, Bundesverband Beruflicher Naturschutz e. V.: Anerkennung der regionalen nachhaltigen Landwirtschaft

Wenn Regionalität als Produktion im nahen Umkreis verstanden wird, kann diese positive Umwelt- und Klimaauswirkungen durch kurze Transportwege haben. Auch die Frische der Lebensmittel und die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Verbraucherinnen und Verbrauchern und den Landwirtinnen und Landwirten stellen einen möglichen Mehrwert dar.

Die Nachhaltigkeit wird gängig durch die drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales definiert. Im Mittelpunkt der Diskussionen im Bürgerforum stehen die ökologischen Auswirkungen der Landwirtschaft, insbesondere auf die Biodiversität. Für die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher ist Insektensterben hierbei bereits ein Begriff: Durch eine Stichprobenerhebung ist ermittelt worden, dass in 25 Jahren deutschlandweit drei Viertel der Biomasse von Fluginsekten verloren gegangen sind – dies sogar in Schutzgebieten. Trotz gesteigerter Maßnahmen in Baden-Württemberg schreitet das Artensterben auch hierzulande voran. Als eine Hauptursache gilt das heutige System der Landbewirtschaftung.

Im Umkehrschluss bietet eine nachhaltigere, naturverträglichere Landwirtschaft hohe Chancen dem Artensterben entgegenzuwirken. Erfolgreich wird man dabei allerdings nur, wenn wirkungsvolle Maßnahmen in allen Bereichen der Landbewirtschaftung, Vermarktung und Politik ergriffen werden. Mit Blick auf die Maßnahmen besteht nur ein geringes Wissens-, jedoch ein großes Handlungsdefizit: Geeignete Ansätze zur Stärkung der Biodiversität sind vielerorts bereits erprobt worden.

Im Bereich der Landbewirtschaftung gehören hierzu die Reduktion der Nutzung oder Verzicht auf (künstlichen) Dünger und (synthetische) Pestizide sowie das Angebot von geeigneten Lebensräumen in Form von mehrjährigen Ackerblühstreifen, Buntbrachen oder Altgrasstreifen. Besonders wichtig für die Artenvielfalt ist die Erhaltung bzw. Neuanlage von Grenzstrukturen wie Feldrainen, Graswegen, Böschungen, Säumen, Hecken oder Schlaggrenzen. Erfreulicherweise sind viele dieser Maßnahmen förderfähig – und viele Landwirtinnen und Landwirte setzen sie auch gerne um, solange diese wirtschaftlich auskömmlich aber auch unbürokratisch sind.

Auch zur Vermarktung biodiversitätsfördernder Produkte gibt es auf dem Markt gute Ansätze, beispielsweise aus der Milchproduktion, wo Heuwiesenanteile vorliegen und zur Sicherung extensiven Grünlands beitragen. Als alternative Vorgehensweise können mit einem bestimmten Teil des Preises bzw. der Einnahmen Artenschutzmaßnahmen finanziert werden. Bei der Vermarktung sind Zusammenschlüsse von Landwirtinnen und Landwirten besonders zielführend. Zugleich sind klar definierte Nachhaltigkeitskriterien und externe Zertifizierung bzw. Kontrollen notwendig.

Da aktuell nur rund 20 Prozent der EU-Agrarförderung für Umweltleistungen verwendet werden, braucht es eine drastische Änderung dieser Instrumente. Auch in Baden-Württemberg könnte die Förderung wirkungsvoller Biodiversitätsmaßnahmen gesteigert und mit einem Bürokratieabbau bei Förderabwicklung und Kontrollen flankiert werden. Zuletzt sollten auch die Verbraucherinnen und Verbraucher für biodiversitätsfördernde Produkte stärker sensibilisiert und bei Preiserhöhungen mit Sozialmaßnahmen unterstützt werden. Ohne eine umfassende Änderung der Rahmenbedingungen wird keine deutliche Verbesserung beim Artensterben erreicht werden können.

Andrej Hänel, Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg: Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie Baden-Württemberg

Die Ernährungsstrategie Baden-Württemberg umfasst neun Leitsätze, die sich gegenseitig im Sinne eines Zielsystems ergänzen. Das Ziel ist die Schaffung von Voraussetzungen für gesunde, nachhaltige Ernährung vom Kindes- bis zum Seniorenalter:

1. Wir stärken die Ernährungsinformation und -bildung landesweit für alle.
2. Wir werben gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren für einen nachhaltigeren, klimabewussten Konsum.
3. Wir informieren Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Akteurinnen und Akteure in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Kantinen über nachhaltige gärtnerische und landwirtschaftliche Erzeugung.
4. Wir ergreifen Maßnahmen, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen.
5. Wir nutzen die Strukturen der Gesundheitsförderung und Prävention, um viele Entscheidungsträger für das Thema Ernährung zu gewinnen.
6. Wir gehen in der öffentlichen Verwaltung mit regional und ökologisch erzeugten Produkten in den Bereichen Catering, Kantine und Gesundheitsmanagement unter Beachtung der Grundsätze des Vergaberechts mit gutem Beispiel voran.
7. Wir fördern qualitätsvolle und nachhaltige Essensangebote außer Haus.
8. Wir gehen auf sozial Benachteiligte zu, damit sie ihre Kompetenzen für eine ausgewogene Ernährung erweitern können und ermöglichen eine nachhaltige, gesundheitsfördernde Ernährung für alle.
9. Wir sehen Vielfalt und Frische bei gutem Essen als Chance und Stärke an.

Hierbei hat die Ernährungsstrategie auch die soziale Dimension des Themas Ernährung im Blick. Zum einen sollen die Kompetenzen sozial benachteiligter Menschen und die Gesundheitsförderung und Prävention gestärkt werden. Zum anderen gehört es auch zu den Grundsätzen der Strategie, faire Bedingungen für Landwirtinnen und Landwirte voranzutreiben. Zu allen Leitsätzen sind konkrete Maßnahmen zugeordnet worden, die den Teilnehmenden des Bürgerforums mit der Veranstaltungsdokumentation zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Umsetzung der Ernährungsstrategie übernimmt das Landeszentrum für Ernährung eine wichtige Funktion. Dieses koordiniert die Bereitstellung von Ernährungsinformationen und Bildungsangeboten und setzt Impulse für die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen, Betrieben, Kliniken, Heimen und Mensen. Formate sind zum Beispiel Tagungen und Veranstaltungen zur Weiterbildung von weiteren Akteuren, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie Baden-Württemberg wurde am 25.10.2022 von der Landesregierung beschlossen. Insbesondere sollen hierbei die Themen klimabewusster Konsum, Regionalität und Saisonalität, Lebensmittelverschwendung sowie Biodiversität gestärkt werden. Somit gehen die Ziele der Weiterentwicklung weitestgehend mit den Themen des Bürgerforums einher.

Konkret sollen die genannten Themen in der öffentlichen Beschaffung, z. B. mit einer Verwaltungsvorschrift Landeskantinen, sowie in Kitas und Schulen verankert werden. Als Maßnahme sollen noch mehr Kitas das Kita-Zertifikat für bewusste Kinderernährung erwerben. Der Orientierungsplan für baden-württembergische Kindertageseinrichtungen wird aktuell überarbeitet und weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wird auch der Themenbereich „Ernährung: Essen und Trinken“ beleuchtet und weiterentwickelt. Durch das EU-Schulprogramm erhalten Kitas und Schulen regelmäßigen Lieferungen von Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukten. Zudem wird das Land Baden-Württemberg sich auf der Bundesebene für weitere Maßnahmen einsetzen, die auf Landesebene nicht alleine umgesetzt werden können. Dazu gehören beispielsweise ein Werbeverbot für Kinderlebensmittel sowie die Weiterentwicklung der Lebensmittelkennzeichnung. Eine besondere Rolle kommt zuletzt der Zusammenarbeit mit kommunalen Ernährungsinitiativen zu. In „Ernährungsräten“ sollen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort diskutiert und entwickelt werden.

Online-Umfrage im Rahmen des Bürgerforums Landwirtschaft BW

Zwischen der zweiten und dritten Sitzung des Bürgerforums Landwirtschaft BW wurde unter den Teilnehmenden eine ergänzende Online-Umfrage durchgeführt. Das Ziel war es, ein Meinungsbild aus der Gruppe zu den verschiedenen Herausforderungen und Handlungsoptionen zu erhalten, die im Bürgerforum diskutiert wurden. Insgesamt nahmen im Zeitraum 02.11.2022 – 08.11.2022 35 Bürgerinnen und Bürger an der Umfrage teil.

Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie wichtig verschiedene Aspekte ihnen grundsätzlich bei landwirtschaftlicher Produktion sind. Sehr wichtig bzw. wichtig waren den Teilnehmenden biodiversitätsfördernde, nachhaltige und artgerechte Produktionsweisen. Während die Herkunft der Produkte für rund zwei Drittel der Teilnehmenden sehr wichtig oder wichtig war, machten die meisten Teilnehmenden keinen Unterschied, ob die Produktion national oder regional erfolgt. Besonders viel Wert wird daraufgelegt, dass die Erlöse bei Landwirtinnen und Landwirten ankommen.

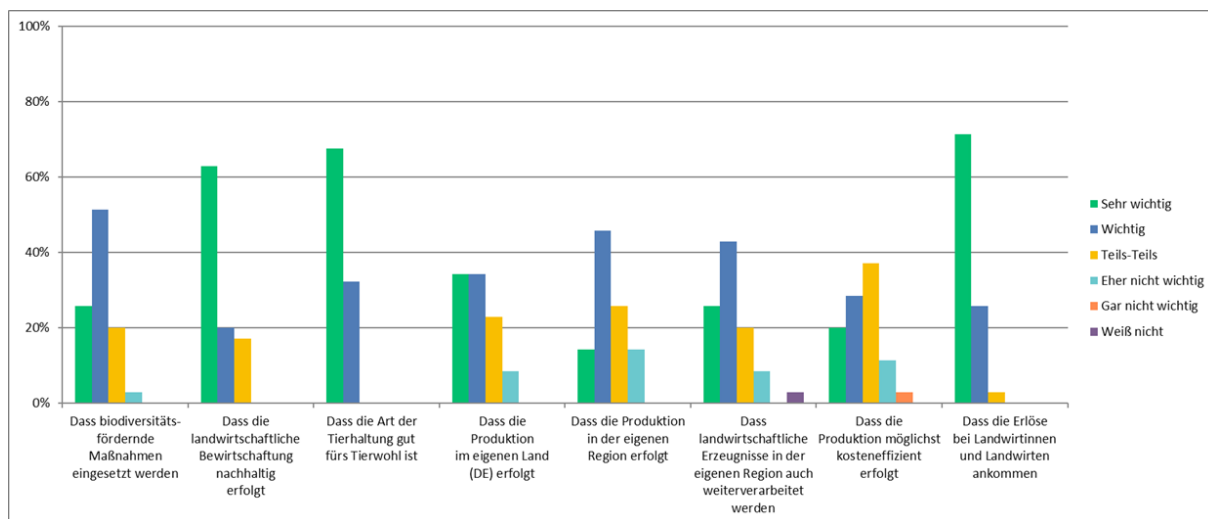


Abbildung 5: Frage 1 - Was ist Ihnen grundsätzlich bei landwirtschaftlicher Produktion wichtig?

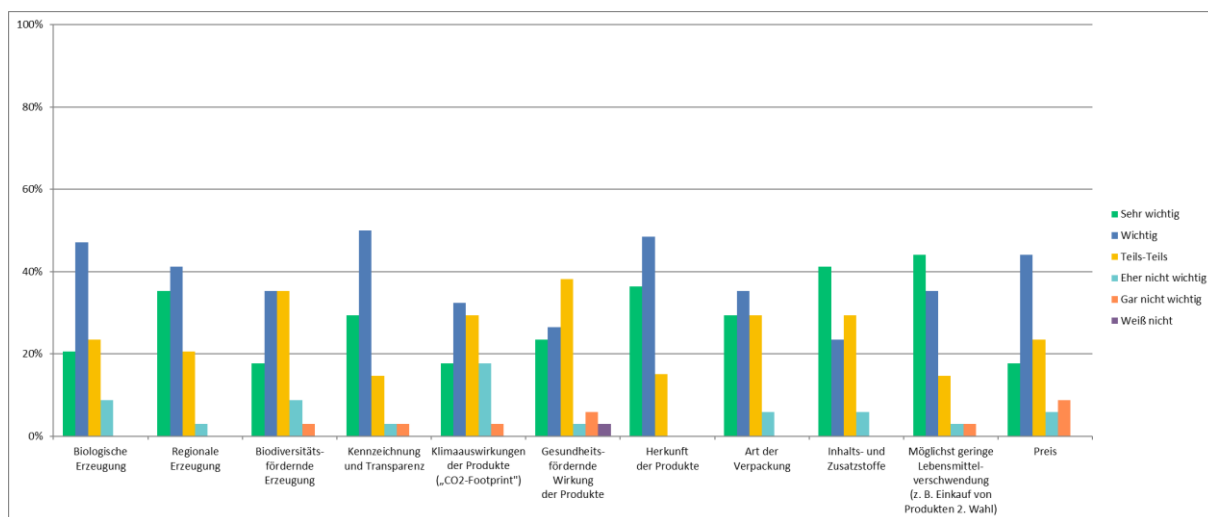


Abbildung 6: Frage 2 - Was ist Ihnen wichtig, wenn Sie selbst Lebensmittel einkaufen?

Den Antworten zur Einstiegsfrage entsprechend bestätigte die Mehrheit der Teilnehmenden, dass die Herkunft der Produkte für sie sehr wichtig oder wichtig ist, wenn Sie selbst Lebensmittel einkaufen. Besonders wichtig sind ebenfalls eine möglichst geringe Lebensmittelverschwendung sowie Kennzeichnung und Transparenz. Auch der Preis spielt für rund zwei Drittel der Teilnehmenden eine wichtige Rolle.

Anschließend wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, ob ihnen grundsätzlich alle gewünschten Informationen vorliegen, wenn sie selbst Lebensmittel einkaufen. Bei keinem der gefragten Aspekte – Informationen zu Inhaltsstoffen, zur Herkunft, zu Umweltauswirkungen, zum Ursprung und zum Herstellungsprozess der Produkte oder zu den verwendeten Kennzeichnungen und Siegeln – waren die Bürgerinnen und Bürger mit dem aktuellen

Informationsstand ganz zufrieden. Die größten Informationsdefizite lagen bei den Umweltauswirkungen der Produkte und dem Herstellungsprozess. Zum Ursprung bzw. zur Herkunft der Produkte sowie zu ihren Inhaltsstoffen waren rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass diese Informationen zumindest teilweise verfügbar sind. Zu den verwendeten Kennzeichnungen und Siegeln ergab sich zuletzt ein gemischtes Meinungsbild: Zwei Drittel meinen, dass die Informationen zumindest teilweise vorliegen, ein Drittel stimmte dagegen. Wenn es dann darum geht, über welche Informations- und Kommunikationswege man über diese Themen informiert werden möchte, sind die Informationen auf Verpackung und am Point-of-Sale am wichtigsten.

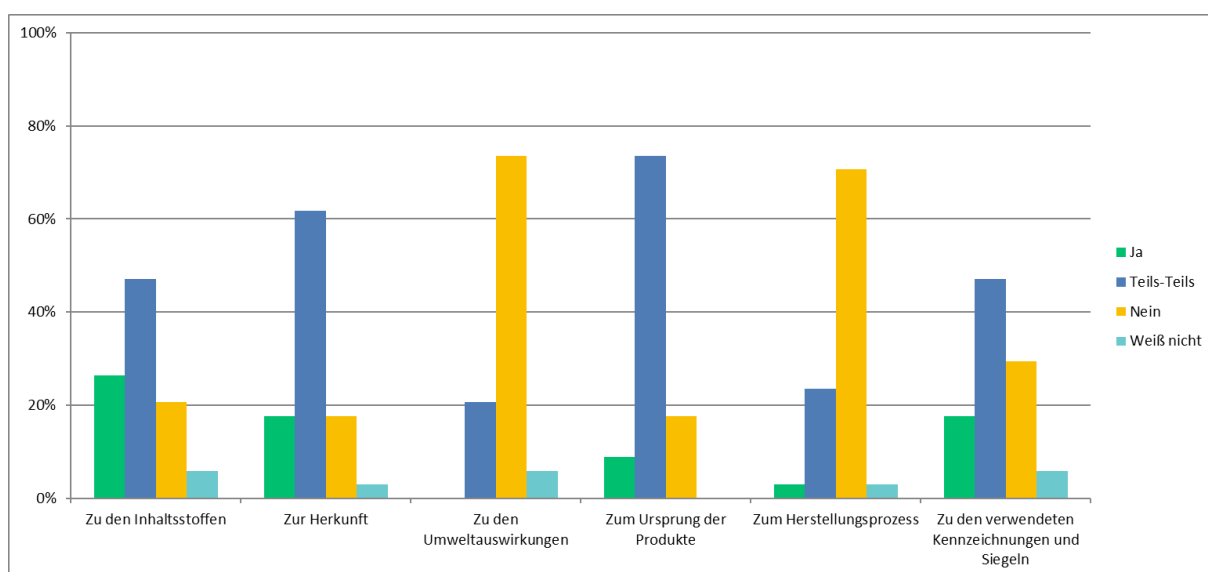


Abbildung 7: Frage 3 - Liegen Ihnen grundsätzlich alle die von Ihnen gewünschten Informationen vor, wenn Sie Lebensmittel einkaufen?

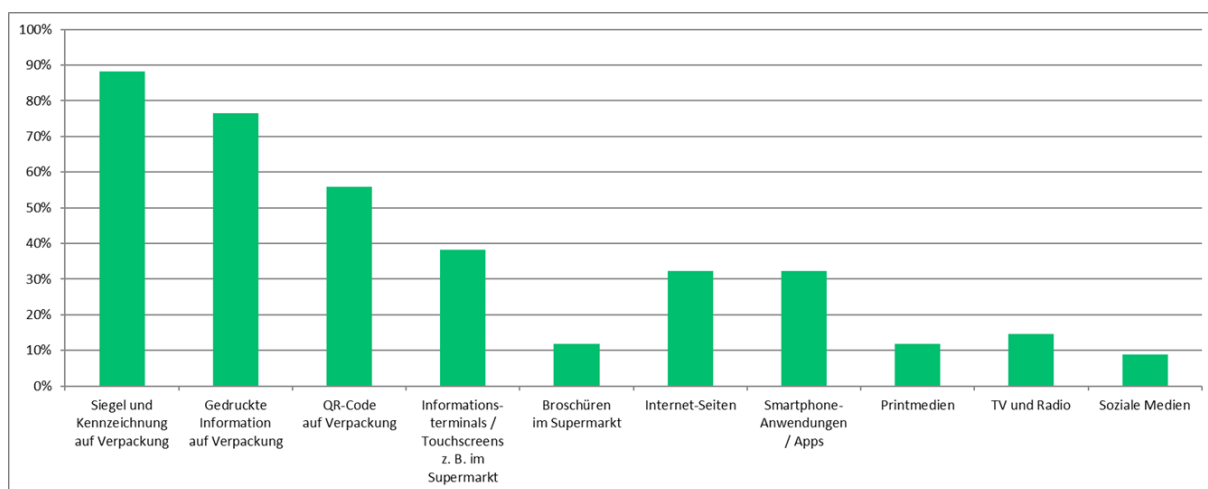


Abbildung 8: Frage 4 - Über welche Wege möchten Sie über diese Themen beim Einkauf von Lebensmitteln oder grundsätzlich informiert werden?

Im Bereich der Information und Kommunikation wurden unterschiedliche Siegel und Kennzeichnungen im Bürgerforum intensiv diskutiert. Zur Bekanntheit der verschiedenen Siegel gaben die Bürgerinnen und Bürger an, dass die Kennzeichnungen zum Nahrungswert („Nutri-Score“), zur Art der Produktion („Bio“), zur Haltungsform oder zum fairen Handel ihnen deutlich bekannter waren als jene zur Regionalität. Hierbei war von den Siegeln zur Regionalität das Qualitätszeichen Baden-Württemberg den Bürgerinnen und Bürgern am besten bekannt (für ca. 40%).

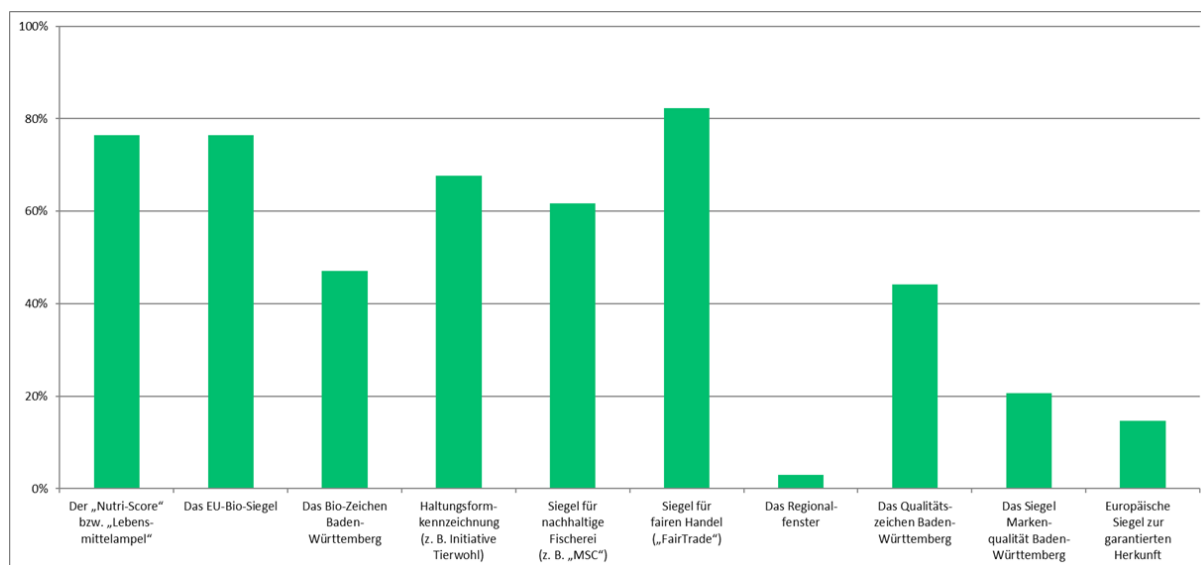


Abbildung 9: Frage 5 - Welche Siegel oder Kennzeichnungen sind Ihnen bekannt?

Neben dem Lebensmitteleinzelhandel stellen Angebote in Restaurants, Kantinen oder Mensen wichtige Abnehmer von regionalen Produkten und ein Schwerpunktthema des Bürgerforums dar. Beim Außer-Haus-Essen waren die Aspekte von der Art der Erzeugung bis zu Klimaauswirkungen der Zutaten den Teilnehmenden nicht so wichtig, wie beim Einkauf von Lebensmitteln. Dies betrifft auch die Herkunft der Produkte und die Regionalität. Zugleich wurde deutlich, dass beim Außer-Haus-Essen der Mangel an transparenten Informationen aus Sicht der Teilnehmenden noch viel größer ist als im Lebensmitteleinzelhandel.

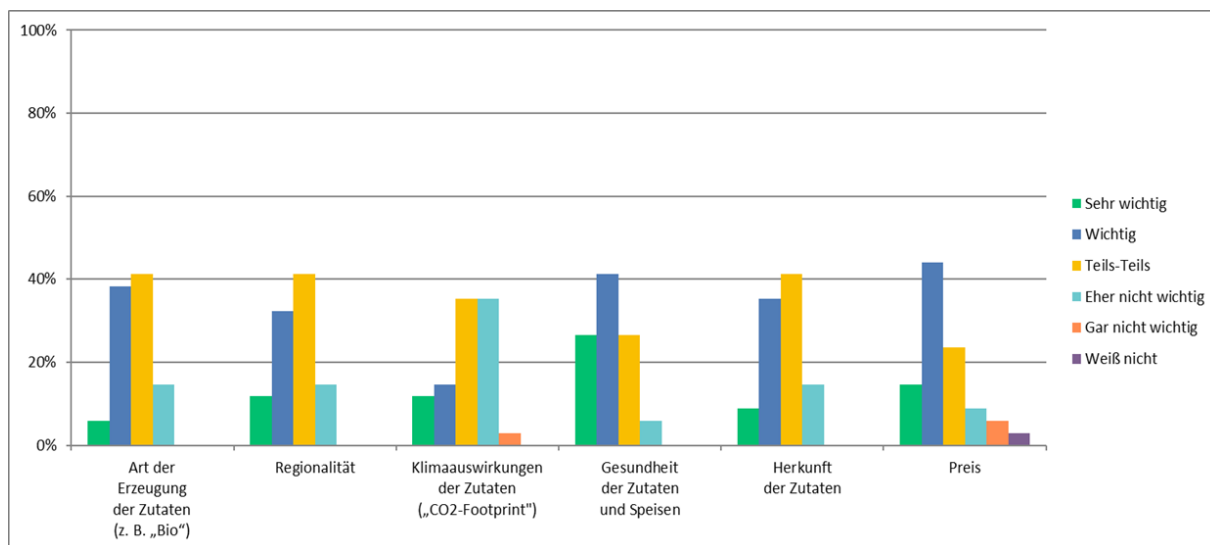


Abbildung 10: Frage 6 - Was ist Ihnen wichtig, wenn Sie außer Haus essen - z. B. in einem Restaurant oder einer Kantine?

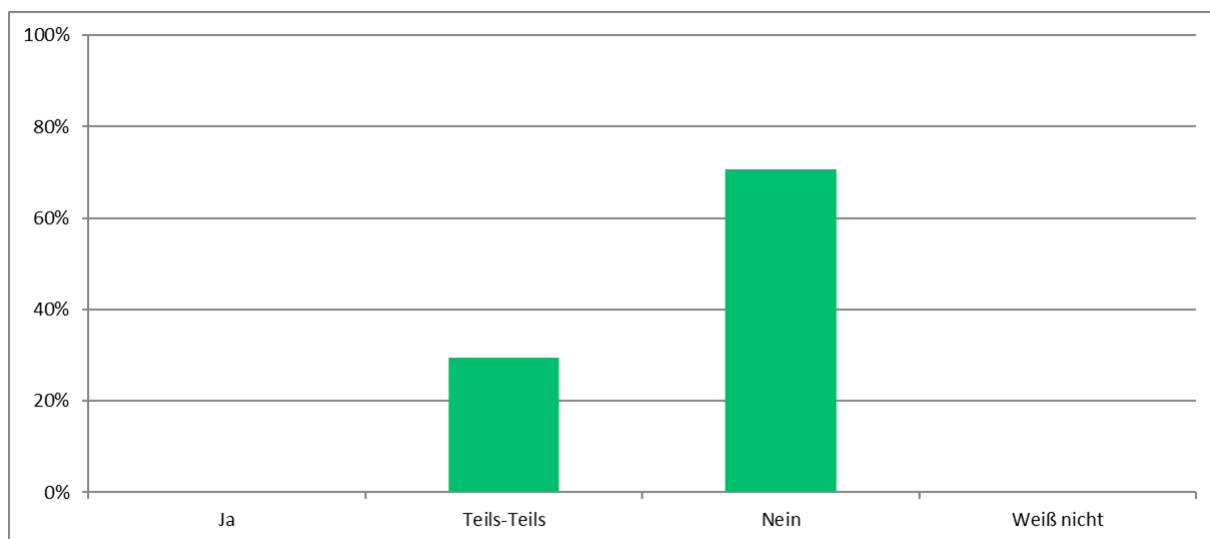


Abbildung 11: Frage 7 - Liegen Ihnen grundsätzlich alle die von Ihnen gewünschten Informationen vor, wenn Sie außer Haus essen?



Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Strategiedialog Landwirtschaft
Referat 34 – Ländlicher Raum,
Verbraucherschutz, Tourismus, Naturschutz,
Umwelt, Klima, Energiewirtschaft
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

www.stm.baden-wuerttemberg.de



Redaktion

DIALOG BASIS
Breitwasenring 15
72135 Dettenhausen

www.dialogbasis.de

Fotos/Screenshots

DIALOG BASIS
Zustimmung zur Veröffentlichung wurde im
Rahmen der Veranstaltung durch die
Teilnehmenden mündlich erteilt.

Januar 2023